Für strengere Regelungen bei ästhetisch-plastischen Eingriffen und

mehr Jugendschutz in der Schönheitschirurgie

Antragsteller: Frauen Union Rendsburg-Eckernförde

Die Frauen Union Schleswig-Holstein fordert, dass

1. ästhetisch-plastische Eingriffe (Schönheitsbehandlungen und -operationen ohne medizinische Notwendigkeit) künftig ausschließlich von Fachärztinnen und Fachärzten für Plastische, Rekonstruktive und Ästhetische Chirurgie oder Ärztinnen und Ärzten mit gleichwertiger EU-Qualifikation durchgeführt werden dürfen;
2. ein bundesweites öffentliches Register für qualifizierte Fachärztinnen und Fachärzte geschaffen wird, dass Patientinnen und Patienten transparente Informationen über Qualifikationen und Zulassungen bietet;
3. fachfremden Ärztinnen und Ärzten (z. B. Kardiologen, Dermatologinnen, Gynäkologen) die Durchführung und Bewerbung ästhetisch-chirurgischer Eingriffe untersagt wird, sofern keine spezifische Zusatzqualifikation nachgewiesen werden kann;
4. Werbung für ästhetische Eingriffe, die nicht medizinisch indiziert sind, in sozialen Medien und gegenüber Minderjährigen verboten oder stark eingeschränkt wird;
5. Social-Media-Plattformen verpflichtet werden, entsprechende Inhalte zu kennzeichnen und unzulässige Werbung zu löschen;
6. Aufklärungspflichten vor ästhetischen Eingriffen gesetzlich verschärft werden, insbesondere durch standardisierte Informationsblätter über Risiken, mögliche Komplikationen und die Qualifikation des behandelnden Arztes;
7. Bußgelder und Sanktionen bei Verstößen gegen Werbe- und Qualifikationsregelungen deutlich erhöht werden.

<u>Begründung:</u>

Die Zahl ästhetisch-chirurgischer Eingriffe in Deutschland steigt seit Jahren deutlich an – insbesondere bei jungen Menschen. Parallel dazu nimmt der Einfluss sozialer Medien auf das Körperbild, die Selbstwahrnehmung und den Wunsch nach äußerlicher „Optimierung“ stark zu – insbesondere bei Mädchen und jungen Frauen.

Laut Biermann Medizin geben 27,3 % der unter 30-Jährigen an, Social Media habe ihren Wunsch nach einer optischen Veränderung verstärkt – Tendenz steigend. Plattformen wie Instagram oder TikTok präsentieren Schönheitsoperationen oftmals in Form kurzer, verharmlosender Videos, die den Eindruck vermitteln, solche Eingriffe seien harmlos und vergleichbar mit einem Friseurbesuch. Beispiele wie der sogenannte „Brazilian Butt Lift“ (BBL), bei dem in Deutschland mehrfach Todesfälle auftraten – unter anderem bei Eingriffen

durch nicht-fachärztlich qualifizierte Ärzte – zeigen, dass unzureichende Ausbildung gravierende Folgen haben kann.

In Deutschland darf bislang jeder approbierte Arzt unabhängig von seiner Fachrichtung Schönheitsoperationen durchführen. Diese Situation ist im europäischen Vergleich unzureichend geregelt und birgt erhebliche Risiken für Patientinnen und Patienten.

Internationale Beispiele:

- Dänemark: Nur Fachärzte für Plastische Chirurgie dürfen ästhetische Eingriffe durchführen. Kliniken unterliegen einer staatlichen Zulassung und Kontrolle. Werbung mit „Vorher-Nachher“-Bildern ist untersagt.
- Spanien: Ärztinnen und Ärzte benötigen eine Spezialisierung in Cirugía Plástica, Estética y Reparadora. Werbung für ästhetische Eingriffe unterliegt nationalen Ethikrichtlinien; Minderjährige dürfen nur aus medizinischen Gründen behandelt werden.
- Frankreich: Seit 2023 dürfen Influencerinnen und Influencer keine ästhetischen Eingriffe bewerben. Verstöße werden mit bis zu zwei Jahren Haft oder 300.000 € Geldstrafe geahndet. Zudem besteht eine Kennzeichnungspflicht für digital bearbeitete Körperbilder („retouched photo“).
- Großbritannien: Werbung für ästhetische Eingriffe darf nicht an Minderjährige gerichtet werden (ASA Code 2022). „Vorher-Nachher“-Bilder, Rabattaktionen und manipulative Sprache („Feel beautiful today!“) sind verboten.
- Norwegen: Seit 2021 besteht eine Kennzeichnungspflicht für bearbeitete oder gefilterte Bilder in Werbung und sozialen Medien, um den Druck durch unrealistische Körperideale zu reduzieren.

Ziel des Antrags ist es:

- Medizinische Qualität zu sichern, indem nur qualifizierte Fachärzte ästhetische Operationen durchführen dürfen.
- Irreführende Werbung zu unterbinden, insbesondere in sozialen Medien.
- Jugendliche zu schützen, die besonders anfällig für Schönheitsideale und Manipulation durch Influencer sind.
- Verbrauchertransparenz zu erhöhen durch klare Aufklärung und ein Facharzt Register.
- Vertrauen in die Medizin zu stärken und Missbrauch wirtschaftlicher Interessen vorzubeugen.